

# EU-Nachrichten

## KURZ & KNAPP

**Gentechnik:** 3  
EuGH bestätigt „Nulltoleranz“ bei Honig

**Globalisierungsfonds:** 3  
Hilfe bei Jobverlust

## IM FOKUS

**Recht auf Freizügigkeit:** 4  
Auch Deutschland muss Gesetze ändern

**Eurobarometer:** 5  
Optimismus der Bürger steigt wieder

## EURO-RETTUNGSHILFEN

### Verfassungsgericht gibt grünes Licht

Das Bundesverfassungsgericht hat die geplanten Euro-Rettungshilfen Deutschlands für verfassungsgemäß erklärt. Die Verfassungsbeschwerden mehrerer Professoren und des CSU-Politikers Peter Gauweiler gegen die Griechenlandhilfe und den Euro-Rettungsschirm wurden zurückgewiesen. Das Urteil stelle jedoch keinen Freifahrtschein für künftige Euro-Rettungspakete und Hilfszusagen dar, betonte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle ausdrücklich.

Bei künftigen Rettungsaktionen muss die Bundesregierung die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages einholen. Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand müssten „als grundlegender Teil der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit im Verfassungsstaat“ in der Hand des Bundestages bleiben, begründeten die Richter diese Auflage.

Die EU-Kommission nahm das Urteil laut einer Sprecherin „mit Zufriedenheit“ zur Kenntnis. Es sei nun an Bundesregierung und Bundestag, die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

[www.bverfg.de/entscheidungen/rs20110907\\_2bvr098710.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20110907_2bvr098710.html)



Die neue Energie-Außenpolitik ist darauf ausgerichtet, die Sicherheit der Energieversorgung Europas zu gewährleisten

## Strategie zur Energie-Außenpolitik

### EU-Staaten sollen Interessen gemeinsam vertreten

Die Mitgliedstaaten der EU müssen in Energiefragen gemeinsam handeln und mit einer Stimme sprechen, um ihre Interessen in der Welt effektiv vertreten zu können. Das ist der Kerngedanke einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen Strategie für die Energie-Außenpolitik. Dazu sollen die Mitgliedstaaten ihre Politik besser koordinieren und sich darüber verständigen, welche Anliegen für alle gemeinsam besonders wichtig sind. In den vergangenen Jahren habe die EU im Energiebereich primär Gesetze für den Binnenmarkt erlassen, sagte Energiekommissar Günther Oettinger.

„Nun muss die EU die Errungenschaften ihres großen Energiebinnenmarktes über ihre Grenzen hinaus ausweiten, um die Sicherheit der Energieversorgung Europas zu gewährleisten und internationale Partnerschaften im Energiebereich zu fördern.“ Künftig möchte die EU-Kommission im Namen der Mitgliedstaaten auch Verträge schließen können. Zum Beispiel wenn es um den Bau besonders wichtiger Leitungen geht, die den Interessen aller EU-Staaten dienen, oder um wichtige Lieferverträge für Öl und Gas. „Wenn wir gemeinsam auftreten, haben wir ein

ganz anderes Gewicht“, sagte Oettinger. Dann könne die andere Seite nicht mehr nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ gegenüber der EU auftreten.

Ein erster Beispielfall soll die Aushandlung eines trilateralen Abkommens zwischen der Kommission, Aserbaidschan und Turkmenistan über den Bau einer Gaspipeline unter dem Kaspischen Meer hindurch werden. Diese wäre ein wichtiger Baustein, um Gaslieferungen aus dieser rohstoffreichen Region in die EU zu ermöglichen.

(Artikel weiterlesen auf Seite 2)

Der günstigste Weg zu Klimaschutz und sicherer Versorgung mit Energie ist es, weniger Energie zu verbrauchen. Einen Beitrag dazu leisten EU-Vorschriften, die für den Stromverbrauch etwa von Fernsehern oder Wärmepumpen Mindesteffizienzwerte festlegen. Prominentes Beispiel sind die herkömmlichen Glühbirnen. Nach den Modellen mit 100 und 75 Watt werden seit dem 1. September nun auch die 60-Watt-Birnen vom Markt genommen. Restbestände dürfen aber noch verkauft werden. 2012 kommt dann auch das Aus für Glühbirnen mit geringerer Leistung.

Bei den Alternativen haben die Verbraucher eine große Auswahl zwischen Halogenlampen, Leuchtdioden (LED) und anderen Energiesparlampen, etwa Kompaktleuchtstofflampen. Allen gemeinsam ist, dass man damit den Energieverbrauch deutlich drosseln kann, um bis zu 80 Prozent. Auf lange Sicht zahlt sich das auch finanziell aus. Denn Energiesparlampen sind zwar teurer als Glühbirnen, halten aber auch bis zu zehnmal so lange. Teils betragen die jährlichen Gesamtkosten für Lampenkauf und Strom so ein Viertel der Kosten einer konventionellen Glühbirne.

Welche Lampe konkret die beste Stiftung Warentest hat jüngst die vergeben, deren Einsatz wegen mehr sich aber nur dort lohnt, Als preisgünstige Alternative leuchtstofflampen, die nur



Wahl ist, hängt vom Einzelfall ab. Die besten Noten an zwei LED-Lampen ihres hohen Preises von 40 Euro und wo sie oft und lange brennen müssen. empfehlen die Tester gute Kompaktwenige Euro kosten.

Der Umwelt nützt der Abschied Kommission lässt sich dadurch dem jährlichen Verbrauch von 11 hätte umgerechnet den gleichen Ef-Megawatt Leistung vom Netz gingen verschwänden.

von der Glühbirne allemal. Laut EU-bis 2020 eine Menge Strom sparen, die Millionen EU-Haushalten entspricht. Das fekt, als wenn zehn Kraftwerke mit je 500 oder sieben Millionen Autos von den Straßen

Über die Helligkeit einer Lampe gibt künftig die Einheit Lumen (lm) Auskunft. Eine Energiesparlampe mit 700 lm zum Beispiel bietet die Lichtleistung einer 60-Watt-Glühbirne. Wichtig ist auch die Lichtfarbe. Sie wird als Farbtemperatur in Kelvin (K) dargestellt. Nach Auskunft der Verbraucherzentrale (vz) Nordrhein-Westfalen leuchten Lampen mit 2.700 K ähnlich wie die traditionelle Glühbirne warmweiß und sorgen für ein gemütliches Licht zu Hause. Tageslichtweiße Lampen mit circa 6.000 K erzeugen ein sachliches Licht, das eher für den Arbeitsplatz geeignet ist, so die vz.

Alte Energiesparlampen dürfen nicht in den Hausmüll geworfen werden, sondern sollen ins Geschäft oder zum Wertstoffhof gebracht werden, unter anderem, weil in manchen Lampen eine geringe Menge Quecksilber enthalten ist. Zerbricht eine solche Lampe im Haus, wird empfohlen, das Zimmer zu lüften, Hautkontakt zu vermeiden und die Scherben mit einem feuchten Tuch statt mit dem Staubsauger zu entfernen. Eine Gesundheitsgefahr für Erwachsene besteht nicht.

Laut Stiftung Warentest belasten Sparlampen die Umwelt unter dem Strich sogar deutlich weniger mit Quecksilber als Glühlampen. Denn weil sie weniger Strom brauchen, muss in Kraftwerken weniger Kohle verbrannt werden, in der auch Quecksilber enthalten ist.

[www.e-lumen.eu](http://www.e-lumen.eu)  
[www.test.de/themen/haus-garten/test/Sparlampen-Testsieg-fuer-LEDs-4269907-4269941/](http://www.test.de/themen/haus-garten/test/Sparlampen-Testsieg-fuer-LEDs-4269907-4269941/)

#### (Fortsetzung)

Die Kommission bemüht sich um ein entsprechendes Verhandlungsmandat der Mitgliedstaaten. Oettinger sagte, bereits die jüngsten Verhandlungen mit Aserbaidschan hätten gezeigt, wie wichtig das einheitliche Auftreten sei. Aserbaidschan habe der EU als Ganze „und nur ihr – nicht einzelnen Mitgliedstaaten“ zugesagt, große Mengen Gas zu liefern.

Auch umfassende Partnerschaftsverträge mit wichtigen Lieferländern wie etwa Russland sollen im Namen der gesamten EU geschlossen werden. In solchen Ab-

kommen solle es nicht nur um Energielieferungen gehen, sagte Oettinger, sondern auch um Regulierungsfragen oder die Zusammenarbeit in der Forschung und beim Klimaschutz. Besonders wichtig könnten Partnerschaftsabkommen mit Ländern wie Ägypten, Tunesien oder Libyen sein, „wo sich ein politischer Wandel vollzieht“, so der Kommissar.

#### Bilaterale Verträge vorher prüfen

Da die EU-Staaten derzeit 80 Prozent ihres Erdöls und über 60 Prozent des Erdgases von außerhalb der EU importieren, ist es klar, dass sie auch zahlrei-

che Verträge mit Lieferländern schließen, in denen das EU-Energierecht nicht gilt. Diese Verträge will die Kommission künftig besonders unter die Lupe nehmen und darauf achten, dass sie keine Klauseln enthalten, die den Interessen anderer Mitgliedstaaten schaden könnten oder EU-Recht widersprechen, etwa weil gewissen Unternehmen eine Vorzugsbehandlung eingeräumt wird oder der diskriminierungsfreie Zugang aller Interessierten zu Energieleitungen nicht gewährleistet wird.

Zusammen mit ihrer Strategie hat die Kommission deshalb einen Gesetzentwurf präsentiert, wonach die EU-Staaten ihre Energieverträge mit Drittstaaten der Kommission vorlegen und mit der Unterschrift unter neue Verträge so lange warten müssen, bis die Prüfung abgeschlossen ist. Auf diese Weise könne verhindert werden, dass später jahrelang prozessiert werde, sagte Oettinger.

Insgesamt werden in der Kommissionsstrategie zur Energie-Außenpolitik 43 konkrete Aktionen vorgeschlagen. Neben den genannten gehören dazu etwa:

- die Zusammenarbeit mit wichtigen Partnerländern vertiefen, etwa mit Russland und der Schweiz
- eine neue Partnerschaft für erneuerbare Energien mit den Ländern südlich des Mittelmeers, auch damit von dort Solarstrom in die EU importiert werden kann
- international verbindliche Standards für die Sicherheit von Atomkraftwerken durchsetzen
- bei der Forschung für Klimaschutz und energiesparende Technologien stärker mit Ländern wie den USA, Japan oder China kooperieren
- in der Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt darauf legen, dass Entwicklungsländer besseren Zugang zu erneuerbaren Energiequellen bekommen
- mehr Nachbarstaaten zur Übernahme der Regeln des Energie-Binnenmarktes bewegen und die Zusammenarbeit mit diesen Ländern vertiefen (frh)

[http://ec.europa.eu/energy/international/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/international/index_en.htm)

### Gentechnisch veränderte Zutaten: EuGH bestätigt „Nulltoleranz“ bei Honig

Nahrungsmittel, die gentechnisch veränderte (GV) Zutaten enthalten, müssen erst getestet und zugelassen werden, bevor sie in der EU verkauft werden dürfen. Das gilt auch, wenn es sich nur um geringe GV-Spuren handelt und wenn diese unabsichtlich in das Nahrungsmittel gelangt sind, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH).



© Shutterstock

Dem Urteil liegt die Klage eines Imkers gegen den Freistaat Bayern zugrunde. Der Mann hatte seine Bienenstöcke in der Nähe von Feldern, auf denen zu Forschungszwecken gentechnisch veränderter Mais angebaut wurde, aufgestellt. 2005 fanden sich in seinem Honig und anderen Imkereiprodukten Pollen dieses Maises. Der Imker machte geltend, dass seine Produkte wegen der Verunreinigung nicht mehr zu verkaufen seien, vernichtete sie und forderte Schadensersatz vom Freistaat Bayern, dem die Maisfelder gehören. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof wollte nun vom EuGH wissen, ob der Honig tatsächlich nach den Regeln der EU-Verordnung für GV-Lebensmittel zugelassen werden musste.

Politiker verschiedener Parteien sowie Umweltverbände wie der BUND und Greenpeace forderten nach dem Urteil Konsequenzen für die europäische und deutsche Gesetzgebung zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Genannt wurden etwa Mindestabstände zwischen Gentech-Feldern und Bienenstöcken oder eine EU-weite Schadensersatzregelung für solche Fälle. Die EU-Kommission will nun prüfen, welche Konsequenzen aus dem Urteil gezogen werden müssen, besonders für die Zulassung des fraglichen GV-Maises als

Zutat in Honig. Für den 22. September ist eine Diskussion mit Experten aus den EU-Mitgliedstaaten geplant. (Aktenzeichen C-442/09)

[http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j\\_6/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/)

### Jobverlust durch Globalisierung: EU-Fonds hilft immer mehr Menschen

23.700 Europäern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil ihr Unternehmen aus der EU abwanderte oder Arbeitnehmer entließ – etwa wegen globalen Konkurrenzdrucks oder weil Kunden in Übersee wegbrachen –, hat die EU 2010 mit Geld aus dem Globalisierungsfonds geholfen, einen neuen Job zu suchen oder sich selbstständig zu machen. Das sind doppelt so viele wie 2009.

Die Zahl der Anträge auf Hilfe war dreimal so hoch wie im Vorjahr. Eine unmittelbare Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, so Lászlo Andó, Kommissar für Beschäftigung und Soziales. Er rechnet damit, dass die Nachfrage nach Hilfe aus dem Fonds weiter steigen wird.

Die Kommission empfiehlt Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament deshalb, auch in der nächsten mehrjährigen EU-Finanzplanungsperiode nach 2013 ausreichende Mittel für den Fonds bereitzustellen. 2010 bekamen laut Jahresbericht neun EU-Staaten – darunter auch Deutschland – insgesamt 83,5 Millionen Euro aus dem Globalisierungsfonds. Damit wurden 65 Prozent der Hilfen für die Jobsuchenden bezahlt, der Rest des Geldes kam aus nationalen Kassen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de>

### Europäischer Forschungsrat: Münchner Professor wird Generalsekretär

Der Deutsch-Kanadier Donald B. Dingwell wird neuer Generalsekretär des Europäischen Forschungsrates. Seine Amtszeit dauert vom 1. September 2011 bis Dezember 2013. Der prominente Professor für Geowissenschaft leitet derzeit den Fachbereich für Erd- und Umweltwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dingwell wird Nachfolger von Professor Andreu



Prof. Donald B. Dingwell

© European Research Council

Mas-Colell, der vor etwa einem Jahr an die Universität Barcelona zurückgekehrt ist. Seitdem war der Posten des Generalsekretärs vakant.

Der Forschungsrat ist 2007 als EU-Agentur für Grundlagenforschung gegründet worden. Er verfügt für die Jahre 2007 bis 2013 über einen Etat von 7,5 Milliarden Euro und soll Projekte voranbringen, mit denen Kreativität und Pioniergeist vor allem junger Wissenschaftler gefördert werden. Außerdem soll er Top-Wissenschaftler aus aller Welt in die EU locken.

<http://erc.europa.eu>

### Sicherheit im Autoverkehr: Automatisches Notrufsystem soll 2015 Pflicht werden

Wenn Autofahrer oder Passagiere nach einem Unfall bewusstlos sind oder aus anderen Gründen keinen Rettungsdienst rufen können, soll ihnen künftig ein automatisches Notrufsystem zu Hilfe kommen. Das so genannte eCall soll nach dem Vorschlag der EU-Kommission ab 2015 in allen neuen Modellen von Pkw oder leichten Nutzfahrzeugen eingebaut werden.

Bei einem schweren Unfall wählt eCall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt einer geeigneten Rettungszentrale den Standort des Fahrzeugs. Auch Unfallzeugen sollen eCall auf Knopfdruck auslösen können. Die Kommission geht davon aus, dass dadurch jedes Jahr hunderte Menschenleben gerettet werden können. Die Kosten für den Einbau des Systems werden auf weniger als 100 Euro pro Neuwagen geschätzt.

<http://ec.europa.eu/ecall>



Auch Deutschland muss Gesetze ändern

## EU-Kommission setzt Recht auf Freizügigkeit durch

Der Fall Dänemarks hat die meisten Schlagzeilen gemacht: Nachdem die Kopenhagener Regierung im Mai angekündigt hatte, an den Grenzen zu Deutschland und Schweden wieder Kontrollen einzuführen, um die Bevölkerung besser vor Kriminellen und illegalen Einwanderern zu schützen, leitete die EU-Kommission eine Untersuchung ein, ob sich das mit dem Recht auf Freizügigkeit im Schengen-Raum vereinbaren lässt. Noch läuft die Prüfung. Die Kommission besteht weiter darauf, dass die Reisefreiheit der EU-Bürger in der Praxis nicht unzulässig eingeschränkt wird.

Aber der dänische Fall ist nicht der einzige, in dem das Recht auf Freizügigkeit begrenzt wird. Eine Untersuchung der Kommission vor rund einem Jahr hat ergeben, dass die 27 Mitgliedstaaten die EU-Freizügigkeitsrichtlinie von 2004 in 786 Fällen nicht korrekt umgesetzt haben. Die meisten Mängel gab es beim Recht auf Nachzug von Familienangehörigen, dem Aufenthaltsrecht von Angehörigen aus Drittstaaten und beim Rechtsschutz bei Ausweisungen. In vielen Gesprächen und mit Vertragsverletzungsverfahren – auch gegen Deutschland – hat die Kommission seither versucht, die Mitgliedstaaten zur Änderung ihrer Rechtsvorschriften zu bringen.

„Das Recht auf freien Personenverkehr gehört zu den Rechten, die den EU-Bürgern am stärksten am Herzen liegen“, so begründete Viviane Reding, Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für Justiz, warum sie gehörigen Druck ausübte. Mit Erfolg. Inzwischen haben die Mitgliedstaaten 90 Prozent der Mängel beseitigt, nur 75 Fälle seien noch offen, konnte Reding verkünden. „Die Europäische Kommission wird wachsam bleiben, bis alle Mitgliedstaaten die rechtlichen Bedenken der Kommission in vollem Umfang ausgeräumt haben“, sagte die Kommissarin.

Deutschland gehört zu einer Gruppe von 13 Mitgliedstaaten, gegen die die Kommission noch vorgeht. Im Juni wurde ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesregierung eingeleitet. Doch auch



die will nun einlenken und verschiedene Rechtsvorschriften, etwa zur Familienzusammenführung, ändern. Kürzlich sei ein Schreiben aus Berlin eingetroffen, in dem die Bundesregierung auf alle Kritikpunkte eingegangen sei und Gesetzesänderungen angekündigt habe, sagte Redings Sprecher.

Deutsche Behörden gehen zu streng vor

Deutschland steht unter anderem in der Kritik, weil es Bürgern anderer EU-Staaten nur in Härtefällen gestattet wird, **Angehörige mit Drittstaatsangehörigkeit** nachzuholen. Nach EU-Recht muss das aber erlaubt werden, wenn ein EU-Bürger für den Unterhalt garantiert oder mit dem Partner bereits im Herkunftsland dauerhaft zusammengelebt hat.

Auch seien die Behörden zu streng, wenn EU-Bürger wegen **Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit** ausgewiesen würden. Ihnen werde die Wiedereinreise unbefristet verboten, nach EU-Recht sei aber nur eine begrenzte Ausweisung erlaubt.

Schließlich moniert die Kommission, dass **gleichgeschlechtliche Lebenspartner** aus anderen EU-Staaten nur dann nach Deutschland nachziehen dürfen, wenn sie ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen können.

Das Recht der EU-Bürger, sich frei in der gesamten Union zu bewegen, sei

„die konkreteste und sichtbarste Errungenschaft der europäischen Integration der vergangenen 60 Jahre“ und müsse durchgesetzt werden, begründete die Kommission ihren anhaltenden Druck auf die Mitgliedstaaten. In wirtschaftlichen schwierigen Zeiten seien diese möglicherweise versucht, den Zuzug stärker zu überwachen. Jedoch nutze die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen auch der Wirtschaft: Zwischen 2004 und 2007 sei das Bruttoinlandsprodukt der EU durch die größere Mobilität der Menschen aus den neu beigetretenen Mitgliedstaaten um rund 40 Milliarden Euro gestiegen, argumentierte die Kommission.

### Konflikt mit Frankreich ist beigelegt

Anlass für die Überprüfung, wie die Freizügigkeitsrichtlinie umgesetzt wird, war ein Konflikt mit der französischen Regierung wegen der radikalen Abschiebung bulgarischer und rumänischer Roma im Sommer 2010. Dieser Streit sei endgültig beigelegt, nachdem die verlangten Gesetzesänderungen in Frankreich am 16. Juni angenommen worden seien, teilte die Kommission mit. (frh)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/981&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Trotz Wirtschaftskrise

# EU-Bürger sehen Zukunft wieder optimistischer

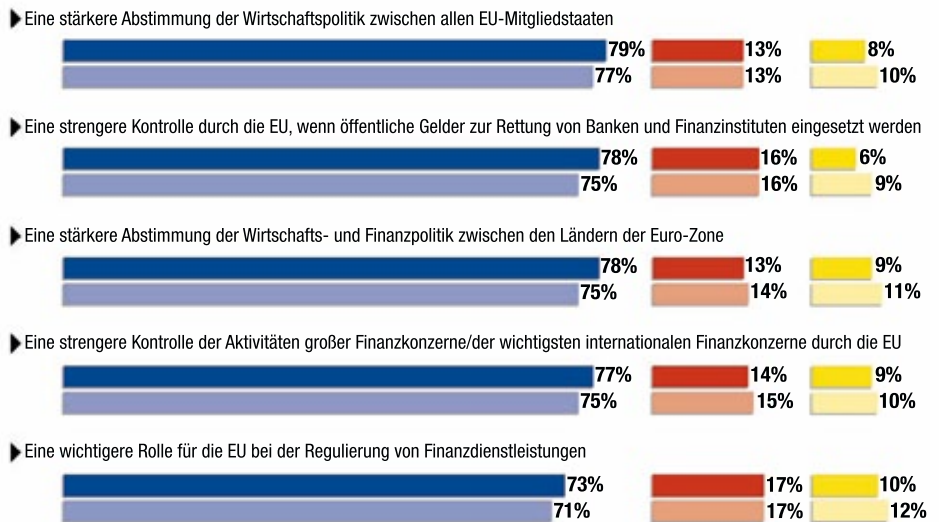
Die Europäer setzen auf Teamarbeit. Auch bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. „Gemeinsam sind wir stärker“ heißt dabei der Grundgedanke, wie aus der von der Europäischen Kommission veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht. Darin befürworten 79 Prozent der Europäer eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen allen EU-Mitgliedstaaten, 78 Prozent wünschen eine strengere Kontrolle durch die EU, wenn öffentliche Mittel zur Rettung von Banken und Finanzinstituten eingesetzt werden. Eine bessere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Länder des Euro-Raums sehen 78 Prozent als notwendig an, während 77 Prozent für eine strengere EU-Kontrolle der Aktivitäten großer Finanzgruppen und 73 Prozent für eine wichtigere Rolle der EU bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen sind.

### Gestärkt aus der Krise

Dass das Tal der wirtschaftlichen Krise durchschritten ist und die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Zenit bereits erreicht haben, glaubt knapp die Hälfte aller Deutschen (49 Prozent). Damit ist man hierzulande zuversichtlicher als die Bürger im europäischen Durchschnitt (43 Prozent). Eine Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt prognostizieren 32 Prozent, während nur 17 Prozent eine Verschlechterung fürchten. Die Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) gibt zudem an, keine Probleme bei der Bezahlung ihrer Rechnungen zu haben.

„ Nach Meinung der Mehrheit der Befragten bewegt sich die EU in die richtige Richtung. Von den EU-Organen und den nationalen Regierungen wird erwartet, dass sie sich weiterhin gemeinsam für nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Wenn wir alle verantwortungsvoll handeln, hat Europa gute Chancen, gestärkt aus der Krise herauszukommen.“

**Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft**



Frühjahr 2011  
Herbst 2010  
Gesamt „wirksam“  
Gesamt „nicht wirksam“  
Weiß nicht

© Europäische Kommission

Die Wirksamkeit des bisherigen EU-Krisenmanagements beurteilen die Deutschen aber unterschiedlich: 45 Prozent sind zufrieden, 46 Prozent sehen wenig Effektivität. Genauso sehen es auch die Bürger anderer EU-Staaten. So zeigen sich europaweit 44 Prozent zufrieden und 45 Prozent unzufrieden. Das Vertrauen der Deutschen (35 Prozent) in die Europäische Union ist im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2010 nahezu konstant geblieben (-1 Prozentpunkt).

### Vertrauen in die EU

Immerhin 41 Prozent glauben, dass sich die Dinge in Deutschland derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung entwickeln (+5 Prozentpunkte). Die Ängste der Deutschen betreffen vorrangig Staatsverschuldung und Inflation. Europaweit stehen dagegen Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Lage am obersten Ende der Sorgenskala.

Beim Kampf gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise setzen 20 Prozent der Deutschen weiterhin auf die Europäische Union als geeignete Institution – noch vor der nationalen Regierung (17 Prozent). Als ebenfalls her-

vorragend für diese Aufgabe geeignet betrachten die Deutschen den Internationalen Währungsfonds (21 Prozent). In der Einschätzung der Rolle der EU sind sich die Deutschen dabei mit den Bürgern anderer EU-Staaten einig: So haben 22 Prozent der Europäer Vertrauen, dass die EU wirksam gegen die Folgen der Krise vorgeht. „Die Menschen glauben, dass die EU wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergreift, und wir befinden uns auf dem Pfad der Erholung“, stellte Viviane Reding fest.

EU-Gelder sollten nach Meinung der Deutschen vorrangig in Aus- und Fortbildung (52 Prozent) fließen. Im Rahmen der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ sehen die Deutschen das Ziel, drei Viertel aller Bürger Europas zwischen 20 und 64 Jahren in Arbeit zu bringen, als eine wichtige Schlüsselinitiative an. Die Erhebung des aktuellen Eurobarometers 75 fand zwischen dem 6. und 26. Mai 2011 statt. Befragt wurden insgesamt 31.769 Personen in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den Beitritts- und Kandidatenländern. (Ibl)

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb75/eb75\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_en.htm)

Auf dem Weg zur Demokratie

## Die EU will Libyen Schritt für Schritt begleiten

Es ist der Anfang vom Neuanfang: Der langjährige libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi ist zwar noch nicht gefasst, die Ära der Unterdrückung noch nicht ganz abgeschlossen. Doch die Europäische Union arbeitet bereits jetzt auf vielen Ebenen daran, das Mittelmeerland auf seinem Weg zur Demokratie wo immer es geht zu unterstützen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, legen dabei Wert auf die Feststellung, dass der Neuanfang nur gelingen könne, wenn auf den Willen des libyschen Volkes gehört werde. Es müsse einen von den Libyern selbst gesteuerten Übergang in das neue, demokratische Zeitalter geben. Van Rompuy versprach dem libyschen Volk bei der Libyen-Konferenz in Paris am 1. September: „Wir waren, wir sind und wir werden an Ihrer Seite sein, um die enormen Herausforderungen zu meistern.“ Als erste Maßnahmen mit hoher Symbolkraft hat die EU in Tripolis ein Büro eröffnet sowie einen Teil der drastischen Sanktionen aufgehoben, die als Druckmittel gegen das Regime eingesetzt wurden.

### Sanktionen zum Teil aufgehoben

Das nach Tripolis geschickte Team der EU koordiniert die Hilfsaktionen für die Not leidende Bevölkerung. Die Trinkwasserversorgung und die medizinische Notfallversorgung haben dabei im Moment oberste Priorität. 10 Millionen Euro wurden dafür als Soforthilfe bereitgestellt.



Kommissionspräsident Barroso betonte in diesem Zusammenhang, wie sehr die Helfer auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen seien. „Es ist essenziell, dass unsere Helfer zu der Bevöl-



Die Menschen, die ein demokratisches Libyen aufbauen wollen, können auf Hilfe der EU zählen

kerung gelangen können – über Land, auf dem See- und dem Luftweg. Wir rechnen hier fest mit der Hilfe der neuen libyschen Übergangsregierung“, sagte Barroso bei der Libyen-Konferenz in Paris.

Insgesamt sind bis jetzt aus der Europäischen Union mehr als 150 Millionen Euro in die humanitäre Hilfe für Libyen geflossen, 80 Millionen Euro davon aus dem Gemeinschaftshaushalt. Bei der Libyen-Konferenz in Paris wurde außerdem beschlossen, die von der EU vor zwei Wochen verhängten Sanktionen zum Teil aufzuheben. So wurden insgesamt 28 Unternehmen und Behörden von der Sanktionsliste gestrichen, darunter Hafengesellschaften, Banken, Öl- und Gasunternehmen. Diese werden dringend für den Wiederaufbau des Landes gebraucht. Die Kommission verspricht sich von der Aufhebung der Sanktionen einen wichtigen wirtschaftlichen Impuls für das rohstoffreiche Libyen. Enge Mitarbeiter, Unterstützer und Familienangehörige von Muammar al-Gaddafi dürfen jedoch weiter nicht in die EU einreisen, ihr Besitz in Europa bleibt gesperrt.

Für den Aufbau eines demokratischen libyschen Staates ist allerdings mehr als

nur kurzfristige Hilfe wie die medizinische Notfallhilfe und eine funktionierende Trinkwasserversorgung erforderlich. Polizei, Justiz und Finanzverwaltung sind drei zentrale Baustellen auf dem Weg zu einem demokratischen Libyen. Die Kommission rechnet nicht damit, dass diese Institutionen von heute auf morgen funktionstüchtig sein werden. In der Kommission wird jedoch schon heute überlegt, wie die Einrichtung dieser Staatsstrukturen mittelfristig sinnvoll unterstützt werden kann.

Zusätzlich zu der humanitären Hilfe will die Kommission weitere 25 Millionen Euro für diese Bereiche zur Verfügung stellen. Die Vorbereitung von Wahlen, das Bildungswesen oder auch die Unterstützung von Regimeopfern fallen ebenfalls in dieses große Aufgabenfeld.

Längerfristig ist die Europäische Union bereit, die neuen libyschen Autoritäten mit weiteren 60 Millionen Euro zu unterstützen, um die Demokratisierung des Landes und den Aufbau der Zivilgesellschaft voranzutreiben. (alo)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1003&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Datum	Thema	Ort	Kontakt
12.09.2011 18.00 Uhr	<b>Diskussionsveranstaltung</b> 10. Erfurter Europagespräch anlässlich „20 Jahre Weimarer Dreieck“  <b>Veranstalter:</b> Polnisches Institut Berlin – Filiale Leipzig, Konrad Adenauer Stiftung, Europäisches Informations-Zentrum in der Thüringer Staatskanzlei	Reithaus im Park an der Ilm Platz der Demokratie 5 <b>99423 Weimar</b>	<a href="http://www.thueringen.de/de/eiz">www.thueringen.de/de/eiz</a>
13.09.2011 11.00–13.00 Uhr	<b>Podiumsdiskussion</b> „Für eine attraktivere berufliche Aus- und Weiterbildung“  <b>Veranstalter:</b> Contact Point des EWSA in Deutschland, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.europaeischebewegung.de/index.php?id=14452">www.europaeischebewegung.de/index.php?id=14452</a>
15.09.2011 17.00–19.00 Uhr	<b>„Engagiert in Europa“</b> Aufaktveranstaltung zum Projekt „Europapolitische Information für die ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit“  <b>Veranstalter:</b> Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen Stadttor 1 <b>40219 Düsseldorf</b>	<a href="http://www.eu-bonn.de">www.eu-bonn.de</a>
15.09.2011 20.15 Uhr	<b>Osnabrücker Europagespräch</b> „Streitfall Energiepolitik“: Prominente Teilnehmer werden u.a. EU-Kommissar Günther Oettinger und die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im EU-Parlament Rebecca Harms sein.  <b>Veranstalter:</b> Norddeutscher Rundfunk (NDR), Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) und Stadt Osnabrück	Friedenssaal des Rathauses Markt <b>49074 Osnabrück</b>	<a href="mailto:europagespraech@noz.de">europagespraech@noz.de</a>
15.09.2011 10.00–16.00 Uhr	<b>Informationsveranstaltung</b> Vorgestellt werden zwei Förderprogramme der Europäischen Union: „Jugend in Aktion“ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.  <b>Veranstalter:</b> Europäisches Informations-Zentrum (EIZ), Thüringen	Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) in der Thüringer Staatskanzlei Regierungsstraße 73 <b>99084 Erfurt</b>	<a href="mailto:heinz.hoffmann@tsk.thueringen.de">heinz.hoffmann@tsk.thueringen.de</a>
19.09.2011 11.00 Uhr	<b>EP-Berichterstatter im Dialog</b> Dr. Dieter-L. Koch (EVP/CDU) stellt seinen Initiativbericht zu den Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit 2011–2020 vor.  <b>Veranstalter:</b> Informationsbüro des Europäischen Parlamentes in Deutschland, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland	Informationsbüro des Europäischen Parlamentes Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.europaeischebewegung.de">www.europaeischebewegung.de</a>
20.09.2011 11.00–13.00 Uhr	<b>Diskussionsveranstaltung</b> „Ein Budget für Europa“: Wie muss ein europäisches Budget aussehen, das die Umsetzung der wirtschaftlichen und politischen Ziele der Europäischen Union unterstützt?  <b>Veranstalter:</b> Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://ec.europa.eu/deutschland">http://ec.europa.eu/deutschland</a>
21.09.2011 18.30–20.30 Uhr	<b>Diskussionsveranstaltung</b> „Kroatien auf dem Weg in die EU“: Kann Kroatien tatsächlich Impulse für die Balkanregion geben?  <b>Veranstalter:</b> Botschaft der Republik von Kroatien, Europa-Union Deutschland und Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://ec.europa.eu/deutschland">http://ec.europa.eu/deutschland</a>

## Impressum

### Herausgeber:

#### Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu) • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

#### Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart  
Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: [cp.contact@dowjones.com](mailto:cp.contact@dowjones.com)

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

### Europa literarisch: Griechische Wintersonne über Berlin



Zeitgenössische griechische Literatur ist das Thema der 33. Ausgabe von „Europa literarisch“. Vorgestellt wird der Roman „Wintersonne“ des 1971 geborenen Schriftstellers Giannis Makridakis. Das Werk besteht im Wesentlichen aus dem Monolog eines Außenseiters, in dem er seine dramatische Geschichte berichtet. Nebenbei werden Einblicke in das Leben auf der Insel Chios, der Heimat des Autors, und in die Geschichte seiner Menschen vermittelt. Dabei hält Makridakis Realität und Fiktion lange in der Schwebe.

Die von Thomas Wohlfahrt, Leiter der Literaturwerkstatt Berlin, moderierte Veranstaltung findet am 20. September von 18.00 bis 21.45 Uhr im Europäischen Haus, Unter den Linden 78, in Berlin statt. Um eine Anmeldung wird bis zum 13. September über die folgende E-Mail-Adresse gebeten:

[comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu](mailto:comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu)

### Europa: meine – deine – unsere Zukunft: Schülerwettbewerb zum demografischen Wandel

Der Altersdurchschnitt der Europäer steigt: Dieser Trend ist Thema des „Europäischen Wettbewerbs für Schüler“ 2012. Einzeln oder in kleinen Gruppen können sich Mädchen und Jungen von der ersten bis zur dreizehnten Klasse mit der Frage auseinandersetzen, wie die Umwelt, die Berufe, die Familien oder die Städte von morgen angesichts des demografischen Wandels aussehen sollten. Schriftliche Arbeiten sind dabei ebenso möglich wie Gemälde, Videos, Modelle, Aufführungen.



Die besten Beiträge werden mit der Teilnahme an achttägigen Europäischen Jugendbegegnungen belohnt. Außerdem gibt es Geldpreise und Reisen nach Berlin oder Straßburg zu gewinnen, inklusive Treffen mit Abgeordneten und Kulturprogramm. Die Ausschreibung und weitere Informationen sind zu finden unter:

[www.europaeischer-wettbewerb.de/](http://www.europaeischer-wettbewerb.de/)

### Wettbewerb „Jvenes Translatores“: Suche nach der treffendsten Übersetzung

Ohne die Arbeit der Übersetzer und Dolmetscher wäre die Europäische Union nicht funktionsfähig. 23 Amtssprachen gibt es inzwischen, die Zahl der möglichen Übersetzungskombinationen beträgt 506. Um Jugendlichen eine Vorstellung von der Aufgabe zu vermitteln und ihren fremdsprachlichen Ehrgeiz anzustacheln, schreibt die EU-Kommission den Wettbewerb „Jvenes Translatores“ für 17-jährige Übersetzungstalente aus.

„Mit dem Wettbewerb wollen wir für das Sprachenlernen in den Schulen und für Übersetzen als Beruf werben“, erklärte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend. „Sprachkenntnisse können den Geist für andere Kulturen öffnen und die Berufsaussichten erheblich verbessern“, fügte sie hinzu.



Aufgabe ist in diesem Jahr, unter Aufsicht einer Lehrerin oder eines Lehrers eine Seite Text zur Freiwilligenarbeit in der EU in eine frei gewählte Amtssprache zu übersetzen. Den Gewinnern winkt eine dreitägige Reise nach Brüssel, wo sie ihren Preis verliehen bekommen, Kommissarin Vassiliou treffen und sich ein Bild von der Arbeit professioneller EU-Übersetzerinnen und -übersetzer machen können. Jede Schule kann bis zu fünf Schülerinnen und Schüler ins Rennen schicken. Zunächst einmal müssen sich die Schulen bis zum 20. Oktober über das Internet anmelden. Danach wird ausgelost, welche Schulen aus jedem EU-Staat mitmachen dürfen. Der Wettbewerb findet dann am 24. November statt.

<http://ec.europa.eu/translatores>

### Offene Ausschreibung: Dienstleistungsauftrag

Titel: „Ausschreibung für Wach- und Empfangsdienstleistungen in der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Deutschland“. Die Bekanntmachung mit dem Aktenzeichen PO/2011-19/BONN wurde am 30. August 2011 im Amtsblatt S Nr. 2011/S 165-271860 veröffentlicht und kann als Online-Abfrage in der Datenbank von TED (tenders electronic daily) eingesehen werden:

<http://ted.europa.eu>

Die vollständigen Ausschreibungsunterlagen sowie gegebenenfalls zusätzliche Informationen können von der folgenden Webseite heruntergeladen werden:

[http://ec.europa.eu/deutschland/work\\_study/tenders/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/work_study/tenders/index_de.htm)

Die Bieter sollten diese Webseite regelmäßig besuchen, da zusätzliche Informationen jederzeit während dieses Verfahrens veröffentlicht werden können.

Frist für die Einreichung der Angebote ist der 19.10.2011.